

**Pressesprecher
Bernd Sanders**

Landeshaus
24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>
e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 229/02 vom 17. Mai 2002

Jost de Jager: Landesregierung plant Einstieg in die Entprofessionalisierung des Schulunterrichts

Nach Informationen der CDU-Landtagsfraktion plant die Landesregierung mit einem bereits zum nächsten Schuljahr beginnenden Pilotvorhaben, den Einstieg in die Entprofessionalisierung des Unterrichts an den Schulen vor Ort. Dies geht aus einer offenbar für die nächste Ausgabe des Nachrichtenblattes des Kultusministeriums geplante Bekanntmachung hervor, sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jost de Jager, heute in Kiel.

Danach können künftig 14 Schulen im Rahmen der Lehrerzuweisung nach dem Motto „Geld statt Stellen“ auf zur Verfügung stehende Lehrer verzichten und dafür einen Betrag von 40.000 Euro sich auszahlen lassen. Damit sollen statt dessen Vertretungslehrkräfte, aber auch „Hilfskräfte und andere Personen zur Unterstützung des Unterrichts“ bezahlt werden können, wie z.B. Studenten, Anwärter ohne 2. Staatsexamen sowie andere Nicht-Lehrer. „Dies macht die CDU nicht mit. So lange Lehrer zur Verfügung stehen, müssen sie auch in den Schulen eingesetzt werden.“

De Jager betonte, dass es immer Anspruch der CDU-Landtagsfraktion gewesen sei, Unterricht durch professionelle Pädagogen erteilen zu lassen. Darauf hätten Schüler und Eltern ein Recht. Es könne nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Flexibilität dieses Prinzip unterlaufen werde. Es bestehe zudem der Verdacht, dass auch schlicht gespart werden solle.

„Geld statt Stellen“ könne bestenfalls bei Unterrichtsausfall oder Lehrermangel Anwendung finden. Allerdings sei in dem Bekanntmachungsentwurf lediglich von „unbesetzten“ und nicht von unbesetzbaren Stellen die Rede. Deshalb sei zu befürchten, dass mit diesem Modellversuch eine allgemeine Aufweichung der Standards beabsichtigt sei. Diese Maßnahme laufe allen Beteuerungen nach einer Qualitätsoffensive nach PISA entgegen.

Ebenso unverständlich sei die plötzliche Hast, nach der Schulen ihre Anträge auf „Geld statt Stellen“ bis zum 15. Juni einreichen sollen.